

# Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 29 — Folge 41

Parkallee 84, 2000 Hamburg 13 / 14. Oktober 1978

C 5524 C

## Bald Pensionen für Staatsfeinde?

Prof. Weichmann: Die Grenze liegt, wo andere ein System aufrichten wollen, das keine Freiheit und Toleranz zum Ziele hat

Wenn in früheren Wahlkämpfen von „heimlichen Wahlhelfern“ gesprochen wurde, die zugunsten der Unionsparteien in den Wahlkampf eingegriffen haben sollen, dann kann man diesmal — was die „Hessenwahl“ angeht — sicherlich von einer „offen“ geleisteten Wahlhilfe sprechen, die allerdings schwerlich geeignet gewesen sein dürfte, zugunsten der Sozialdemokraten zu Buche zu schlagen. Zum anderen aber auch über soviel Langzeitwirkung verfügt, daß dieses Thema vermutlich in den nächsten Wochen und Monaten zu einer heißen Kontroverse führen kann.

Es handelt sich um die von dem Hamburger Bürgermeister gemachten „Vorschläge zur Neuordnung des Extremistenbeschlusses“, nach der es in Zukunft möglich sein soll, auch Mitglieder extremer Parteien in den Staatsdienst einzustellen. Es geht hierbei um eine Änderung des Beschlusses, den der damalige Bundeskanzler Brandt zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 getroffen hat mit dem Ziel, den „langen Marsch“ von Verfassungsfeinden durch die Institutionen zu verhindern. An sich hat sich an dieser Notwendigkeit auch bis heute nichts geändert. In seinen Urteilen zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei und der KPD hat das Bundesverfassungsgericht die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung klar umrissen. Parteien, die diesen Grundsätzen widersprechen, sind verfassungswidrig, und Personen, die für solche Parteien und Gruppierungen tätig sind, verirken damit selbst das Recht auf Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Ein solcher Beschluß ist auch keineswegs umwerfend neu und auch keineswegs so abwegig, wie er heute von bestimmten Kreisen ausgelegt und gedeutet wird, denn einen ähnlichen Erlaß hatten bereits der preußische Ministerpräsident Braun und sein Innenminister Severing — beide Sozialdemokraten — im Juni 1930 herausgegeben und damit allen Beamten verboten, in der NSDAP oder der KPD tätig zu sein. Grund: beide Parteien, so stellte der Beschluß fest, hatten den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Ordnung zum Ziel. Vorgänger Kloses im Amt des Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, der angesehene Sozialdemokrat Prof. Weichmann, vertritt die Auffassung, Verfassungsfeinde dürften nicht in den Staatsdienst. Er unterstellt, daß auch sein Nachfolger Klose von dieser Voraussetzung ausgehe, räumt aber ein, daß Kloses Meinung, es gebe Bereiche, „in denen es unschädlich sei, zu einem Streit Anlaß geben könne“. Nach Weichmann schließt Freiheit, wenn sie nicht in Anarchie ausarten soll, auch den Begriff der Bindung ein, und diese Freiheit habe eine Grenze dort, „wo andere ein System errichten wollen, das keine Freiheit und keine Toleranz zum Ziele hat“.

Verständlich, daß ob solch klarer Feststellung selbst bei einflussreichen SPD-Politikern der Hansestadt Unverständnis über die Auffassung ihres Bürgermeisters herrscht, der in einem Interview auf die Frage: „Wer DKP-Mitglied ist oder gar



Obwohl die CDU bei der Wahl am letzten Sonntag wieder die stärkste Partei geworden ist, bleibt sie weiter von Regierungsverantwortung ausgeschlossen. SPD und FDP werden auch künftig wieder in Wiesbaden die Regierung stellen.

Funktionär, sich sonst aber nicht sonderlich aktiv hervortut, darf also in Hamburg künftig Lehrer werden?“ antwortet: „Wenn er die entsprechenden Leistungen bringt und seinen Dienst einwandfrei versieht — ja!“

Kein Wunder, daß die Union den Wahlkampf in Hessen zum Anlaß nahm, um Klarheit zu gewinnen. Zwar hat es der hessische Ministerpräsident Börner abgelehnt, sich von Kloses Äußerungen zu distanzieren, doch erklärte er auf Journalistenfragen, er bleibe bei dem Einzelfall der Prüfung und für ihn gelte, daß jeder, der indoktriniere, „völlig egal, was und wie indoktriniert wird, aus dem Schuldienst fliegt“. FDP-Chef Gries ging ein wenig weiter und nannte zumindest den Zeitpunkt der Klose-Äußerung als „ungeheuer töricht“.

Ganz eindeutig dagegen hat Bundestagspräsident Carstens der Absicht der Hamburger SPD, auch Kommunisten zum Staatsdienst zuzulassen, widersprochen und festgestellt, nach den widersprechenden Bestimmungen dürfe in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer Gewähr dafür biete, daß er jederzeit für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Diese Gewähr biete

ein Mitglied der DKP oder gar ein Funktionär dieser Partei in der Regel nicht und jemand, der der DKP beitrete, müsse sich eben darüber klar sein, daß er in der Regel nicht damit rechnen kann, in diesem Staat pensionsberechtigter Beamter werden zu können.

Diese Feststellung verdient besondere Beachtung, denn wenn zugelassen wird, daß erklärte Kommunisten ins Beamtenverhältnis übernommen und künftig gar als Erzieher unserer Jugend zugelassen werden, „braucht uns um unsere Zukunft nicht bange zu sein“ — sie ist dann eindeutig vorprogrammiert. Die organisierten Kommunisten machen nämlich kaum einen Hehl daraus, daß sie ihr Ziel in einer Veränderung, um das Wort Umsturz zu vermeiden, sehen und dafür arbeiten. Keineswegs in der Form, daß sie nun (obwohl auch solche Beispiele bekannt sind) ganz offen und sozusagen mit dem Holzhammer die Lehren von Marx und Lenin unter die Schuljugend bringen. Die Methoden sind heute sehr viel subtiler und sie werden von den Eltern meistens erst bemerkt, wenn es bereits zu spät ist.

Mit Recht hat der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Kohl, darauf hingewiesen, daß das Hamburger Verfahren erhebliche Gefahren beinhaltet. Wenn es zum Modell erhoben würde, könnten Kommunisten und andere Radikale künftig überall ungehindert Lehrer werden, wo Sozialdemokraten regierten. Damit werde den Gegnern unserer Verfassung der Marsch durch die Institutionen ermöglicht und letztlich die völlige Kapitulation vor den kommunistischen Zielen erreicht. Denn schließlich hat der Bundesinnenminister in seinem letzten Verfassungsschutzbericht ganz eindeutig festgestellt: „Die DKP verfolgte ihre verfassungsfeindlichen Ziele unbefrirt weiter.“

## Vor einer Wende?

Wiesbaden

H. W. — Alfred Dregger, der Vorsitzende einer CDU, die sich im Wahlkampf mehr als tapfer geschlagen hat, versuchte nicht, in der Stunde der Wahrheit Nebel abzulassen, sondern erklärte ganz eindeutig, daß die Union in Hessen das gestellte Wahlziel nicht erreicht habe. Das allein ist entscheidend — nach der einen wie nach der anderen Seite. Die FDP, die um ihre Rückkehr in den Landtag gebangt und vielleicht von dem Mitleidseffekt ebenso profitiert hat wie aus der Absicht manchen Wählers, weder die „Roten“ noch die „Schwarzen“ zu stark werden zu lassen, hat sich bereits vorher eindeutig festgelegt. Es wird also in Hessen wieder zu einer Koalition kommen, die nach dem Bonner Muster gestrickt ist. In Bonn wird man hörbar aufgetatmet haben, und Kanzler Schmidt konnte beruhigt nach Japan abreisen. In der Bonner FDP wird sich nichts tun; die Genugtuung darüber, daß man wieder in den Landtag kommen wird, läßt die Prozentanteile, die verloren gingen, ebenso verschmerzen wie das Mandat, auf das man verzichten muß. Hauptsache glücklich! Und das ist verständlich angesichts der selbst in Parteikreisen kursierenden Befürchtungen über den Wahlausgang.

Wie bereits angemerkt, die hessische CDU hat einen ausgezeichneten Wahlkampf geführt, unterstützt durch die Prominenz aus Bonn und München. Wäre es nach den überfüllten Sälen zu rechnen, hätte die Union die absolute Mehrheit erringen müssen. Hier ist erneut der Beweis geführt, daß Neugier und Interesse sich nicht immer auf dem Stimmzettel umsetzen. Unbestreitbar hat die Äußerung des Hamburger Bürgermeisters Klose, den Radikalerlaß zu ändern, bei den Wählern Unruhe hervorgerufen. Aber für einen Niederschlag im Wahlergebnis kam auch das zu spät. Man wird dem hessischen Ministerpräsidenten Börner testieren müssen, daß er das Tief, in dem sich seine Partei befand, nicht nur aufgefange, sondern das Ergebnis für seine Partei — wenn auch nur gering — aber immerhin gebessert hat.

Das Abschneiden der wahlflüchtigen Union in Hessen könnte so gedeutet werden, daß es ohne parteipolitische Umgruppierungen nicht möglich sein wird, das politische Kartell SPD/FDP aufzubrechen. Eine These, die in den letzten Monaten immer wieder ventiliert wurde und die letztlich zu der Frage führt, ob das Parteienspektrum in der Bundesrepublik angereichert und dem Wähler, der nicht bereit ist, die sozial-liberale Koalition zu wählen, ein breiteres Spektrum geboten werden sollte. Eine solche bedeutsame Frage wird man nicht unter dem Wahlabend herrschenden Stimmungen behandeln können; sie wird vielmehr von den Leuten der Gremien leidenschaftlos und unter reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu prüfen sein. Jedenfalls sollte Hessen ein weiterer Anstoß dazu sein, diese für die Unionsparteien ebenso delicate wie lebenswichtige Frage sine ira et studio zu untersuchen. Es sei denn, man will auf alle Zeit in der Opposition verbleiben. Das aber erscheint schon aus dem Grunde nicht erstrebenswert, weil es der Sinn einer jeden Partei sein muß, an die Regierung zu gelangen, um ihre politischen Vorstellungen zu realisieren. Eine Partei, die zwar stets für sich in Anspruch nehmen kann, stärkste politische Kraft geworden und trotzdem von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen zu sein, ermüdet auf die Dauer das Partei„fußvolk“ wie die Wähler, und sie ist auch für die Jugend wenig attraktiv.

Am kommenden Sonntag steht die Wahl in Bayern an. Die Freien Demokraten erwarten, daß sich ihr Abschneiden in Wiesbaden auch in München positiv auswirken wird. An der dominierenden Position der CSU wird nicht zu zweifeln sein. Als nächste Wahl steht Schleswig-Holstein an, wo die CDU mit einem Mandat vor der Opposition liegt. Es heißt, nach der Wahl im nördlichsten Bundesland solle es zwischen den christlichen Schwesterparteien zu einer Absprache über den künftigen Weg kommen. Das Ergebnis in Hessen, so jedenfalls scheint uns, sollte Anlaß sein, Gespräche über die Zukunft nicht auf ein Datum zu verschieben, dem vielleicht keine Bedeutung beikommen könnte.

R. P.



„Ob er glaubt, uns damit Juso-Stimmen wegnehmen zu können...?“

Zeichnung „Die Welt“



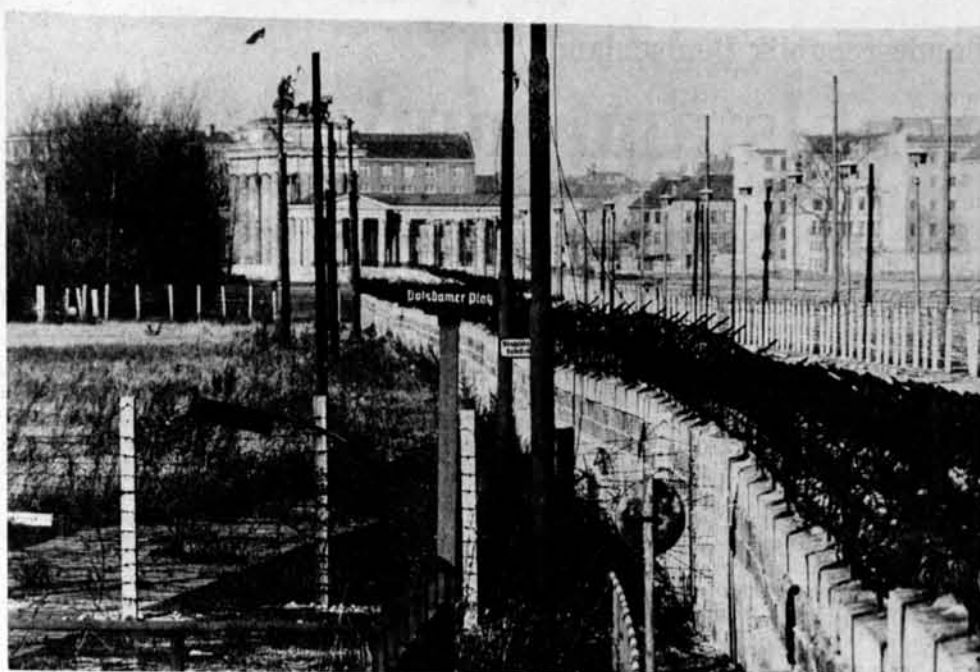
Die Sowjetunion, die sich nach wie vor als kommunistische Führungsmacht ansieht und die Weltherrschaft anstrebt, verharret unbeirrt auf einmal gesetzten Zielen. Zu leicht lassen sich freie Menschen täuschen und wiegen sich in Sicherheit. Indirekte Hilfe erhalten die Kommunisten von freien Politikern, die oft für momentane politische Erfolge — so fadenscheinig diese auch sein mögen — dem Gegner auf den Leim gehen und den Blick in die Zukunft vernebeln. Ein treffendes Beispiel dafür war die Antwort Egon Bahrs, der maßgeblich für die neue Ostpolitik verantwortlich ist, im Norddeutschen Rundfunk in der Sendung „Kurier am Mittag“ und „Echo des Tages“ am 2. September 1972 auf die Frage nach einer eventuellen Schwäche der Berlin-Regelung: „Es ist doch so: Früher hat es z. B. unüberwindbare Schwierigkeiten gegeben, wenn Berliner Verlage oder Berliner Unternehmen an einer Buchausstellung in Moskau teilnehmen wollten. Heute nehmen sie teil. Wir haben uns ein bißchen darüber gestritten, ob sie nun unter der Überschrift ‚Die Bundesrepublik‘ oder unter der Überschrift ‚Die Bundesrepublik und Berlin (West)‘ teilnehmen. Mein Gott, kann ich nur sagen, wenn es nur Probleme solcher Art gäbe, dann wären wir schon sehr viel weiter.“ Es ist zu befürchten, daß Bahr und andere einst entschieden daran erinnert werden müssen, wie sie das „Viermächte-Abkommen“ über Berlin vom 3. September 1971 bejubelten. Heute ist es sogar für naive Politiker klar, daß die Kommunisten dieses Abkommen als ein „Vierseitiges Abkommen“ über West-Berlin ansehen und es auch so auslegen.

Am 27. November 1958 richtete die Sowjetunion Noten an die drei Westmächte, in denen sie die Aufkündigung des Viermächte-Status Berlins androhte und binnen sechs Monaten „die Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit — in eine freie Stadt“ forderte. In der

### Das Deutschland-Memorandum

Zeit des Ultimatums, dem damals die Westmächte und die Bundesregierung entschieden widerstanden, legte Chruschtschow am 10. Januar 1959 den „Friedensvertragsentwurf für Deutschland“ vor. Besondere Beachtung verdient darin Artikel 25: „Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält West-Berlin die Stellung einer entmilitarisierten Freien Stadt auf der Grundlage ihres besonderen Status.“ Noch deutlicher wurde die kommunistische Zielsetzung für West-Berlin in dem „Deutschland-Memorandum“ umrissen, das Chruschtschow am 4. Juni 1961 in Wien dem Präsidenten der USA, John F. Kennedy, überreichte: „Als Garant der Freien Stadt könnten in West-Berlin symbolische Kontingente von Truppen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion stationiert werden... Der Status der Freien Stadt könnte in geeigneter Weise in den UN registriert und durch die Autorität dieser internationalen Organisation gefestigt werden... Bei alledem müßte die West-Berlin-Regelung natürlich die Notwendigkeit der Achtung einer strengen Einhaltung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigen...“

Da sich die Bundesregierung und die Westmächte auch durch drohende Gebärden damals nicht einschüchtern ließen, erfolgte am 13. August 1961 der Bau der „Mauer“, die Berlin zerriß und die große Fluchtbewegung nach West-Berlin unterband. Diese Tatsache war es wohl, die maßgebliche westliche Politiker in den verhängnisvollen Irr-



## Blickpunkt Berlin

### Kritische Betrachtung zum Viermächte-Abkommen von 1971

VON Dr. HEINZ GEHLE

tum verfallen ließ, die „Mauer“ bedeute eine Niederlage des Kommunismus. Erst 1978 enthüllte Curtis Cate in seinem Buch „Die Ideen des August“, daß die verantwortlichen Politiker der USA diesem Trugschluß unterlagen. James O'Donnel, damals im Staatsdienst und Kenner Berlins, war es, der die nüchterne Wahrheit aussprach: „Dies ist keineswegs so. Dies ist eine flagrante Verletzung des Viermächte-Status, und wenn wir Ulbricht dies gestatten, dann wird es das Vertrauen der Deutschen in Uncle Sam erschüttern und die gesamte Struktur der NATO bis in ihre Grundfesten erzittern lassen.“ Mit der „Mauer“ hatten die Kommunisten den Hebel in der Hand, mit dem sie ihre „Westpolitik“ forcieren und die internationale Anerkennung der „DDR“ erreichen konnten.

Ohne Umschreibung war dies am 13. August 1978 unter der Überschrift „Der Dreizehnte“ in einem Kommentar in der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ zu lesen: Die „Mauer“ diene dazu, „die Bedrohung für den Frieden abzuwenden sowie die Sicherheit und die souveränen Rechte der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik gegen alle Anfeindungen imperialistischer Mächte zu gewährleisten“. Sie habe „der Macht des Imperialismus ein für allemal Grenzen gesetzt“. Welche Tragweite hat der Satz: „Für den Sozialismus in unserem Land waren mit der gesicherten Grenze bessere Bedingungen gegeben.“ Folgerichtig sieht der Kommentar in der Gewalttat des 13. August 1961 „eine der Voraussetzungen des europäischen Vertragswerkes einschließlich des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West) und des Grundlagenvertrages zwischen ‚DDR‘ und BRD.“ Als die „DDR“ mit Billigung der Sowjetunion die „Mauer“ baute, rechnete sie wohl damit, daß ihr das „Erpressungsmittel“ so viel einbringen würde, daß dafür eine kurze weltweite Empörung in Kauf genommen werden konnte. Bis heute gibt es noch keine umfassende Dokumentation, die bis zur Gegenwart alle Anklagen und Ver-

urteilungen dieses menschenverachtenden Werks der Kommunisten enthält.

Jeder Schritt des Westens um wenigstens teilweise Rückgewinnung selbstverständlicher Rechte für Menschen in einer gewachsenen Stadt führte zur Aufwertung der „DDR“ und der „Hauptstadt der DDR Berlin“. Dabei kommt dem Viermächte-Abkommen von Berlin vom 3. September 1971 besondere Bedeutung zu. Es enthält in der Anlage II die Mitteilung der Westmächte, deren zweiter Teil immer und immer wieder von den Kommunisten als Beweis der Eigenständigkeit West-Berlins herangezogen werden wird, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“. Der Absatz 2 dieser Anlage lautet: „Der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und

der Bundestag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, sowie staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- und Amtsakte vornehmen, die im Widerspruch zu Absatz 1 stehen.“ Die Anlagen IV A und B enthalten die Zustimmung der Sowjetunion und der Westmächte zur Errichtung eines Generalkonsulats der Sowjetunion in West-Berlin. Damit dieses Abkommen mit den zusätzlichen Vereinbarungen mit der „DDR“ Wirklichkeit werden konnte, mußten nach Darstellung der verantwortlichen Bundesregierung die „Ostverträge“ ratifiziert werden. Es ist sicherlich nicht zufällig, daß die Unterzeichnung des „Moskauer Vertrages“ am 12. August 1970 erfolgte. Mit diesem Datum, an dem neun Jahre vorher die „Mauer“ gebaut worden war, wurde vor aller Welt dokumentiert, welche Ergebnisse nackte brutale Gewalt zeitigt.

Was 1959 mit dem „Friedensvertragsentwurf“ angestrebt wurde — die Festschreibung der Grenzen in Europa und damit die Teilung Deutschlands —, wurde nach Ansicht der Kommunisten 1970 vollzogen. Welcher Unterschied zu dem Chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag, der 18 Jahre später ebenfalls am 12. August unterzeichnet wurde! Beweis dafür ist der Artikel II, in dem es heißt: „Die vertragschließenden Parteien erklären, daß keiner von ihnen Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum oder in irgendeiner anderen Region suchen wird, und daß jeder die Versuche eines anderen Landes oder anderer Staatengruppen, Hegemonie zu errichten, ablehnt.“ Artikel III spricht von der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen. Davon war im „Moskauer Vertrag“ kein Wort enthalten. Noch immer sind Vereinbarungen nicht unterzeichnet, da die Sowjetunion sich gegen die Einbeziehung West-Berlins sträubt. Angesichts dieser Tatsachen klang die Antwort des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, auf die Frage nach der Bedeutung des „Moskauer Vertrages“ im Radio „Frieden und Fortschritt“ am 12. Juli 1978 recht oberflächlich und einseitig: „Dieser Vertrag hat eine politische Grundlage gelegt für die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Er war, wenn Sie so wollen, auch der Durchbruch zur Entspannungspolitik überhaupt. Er hat starke politische Kräfte freigesetzt für Verträge mit anderen Staaten des Warschauer Vertrages, die die Bundesrepublik Deutschland gemacht hat. Es ist offensichtlich, daß dieser Vertrag keinem anderen Land geschadet hat, daß er vielen anderen Ländern in Europa genutzt hat, und er ist einer der Grundpfeiler der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland geworden.“

### Berlin als Hebel zur Zerreißung Deutschlands

Lange Zeit vertraten die Bundesregierungen und ihre Verbündeten den Standpunkt, daß die Teilung Deutschlands mit den willkürlichen Grenzen eine der Ursachen der Spannungen in der Welt sei. Berlin wurde und wird noch „Prüfstein“ der Entspannung genannt. Im Jahresbericht der Bundesregierung 1977 schrieb Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Berlin bleibt Prüfstein des Willens zur Verständigung, Grundlage unserer Politik in Berlin ist das Abkommen der vier Mächte von 1971.“ Noch in der 200. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. November 1968, ein Jahr vor der abrupten Wende deutscher Politik, erklärte Außenminister Willy Brandt: „Die Regierungen der NATO-Staaten haben — abgesehen davon, daß sie die Regierung in Ost-Berlin nicht anerkennen — erneut bekräftigt, daß sie alle Ansinnen zurückweisen, die die Verewigung

der Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes zur Folge haben würden.“ Als Bundeskanzler vertrat Brandt bei dem Ringen um die „Ostverträge“ die Ansicht, daß das Ausland diese Teilungsverträge wünschte. Am 31. August 1978 meldete der „General-Anzeiger“, Bonn, als Aussage von Professor Carlo Schmid (SPD): „Deutschlands Nachbarn haben kein Interesse an der Wiedervereinigung.“ Wenn es so ist — was bezweifelt werden muß —, dann ist es eine Folge der Politik seit 1969.

Jeder Blick auf Berlin zeigt, daß diese Verträge keine echte Entspannung in Europa gebracht haben. Es wird Zeit, eine Dokumentation zu erstellen, die in aller Klarheit zeigt, wie die Sowjetunion gezielt auf die Abtrennung West-Berlins von der Bundesrepublik Deutschland hinarbeitet.

Der Kampf um das freie Berlin geht ohne Unterlaß weiter. Das erhellt die 1977 in Ost-Berlin erschienene Veröffentlichung „Das Vierseitige Abkommen über West-Berlin und seine Realisierung. Dokumente 1971—1977“, herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ und der UdSSR, mit folgenden Worten: „Die Dokumente zeugen von dem konsequenten Kampf, den die UdSSR, die ‚DDR‘ und die anderen sozialistischen Bruderländer gegen die verschiedenen, leider noch immer zahlreichen Versuche führen, das Vierseitige Abkommen willkürlich zu interpretieren und zu verletzen, und der darauf gerichtet ist, daß alle Partner die erzielten Vereinbarungen, und vor allem die Kernbestimmung des Vierseitigen Abkommens, wonach West-Berlin kein Bestandteil der BRD ist und auch nicht von ihr regiert werden darf, tatsächlich respektieren.“ Berlin wird in der Zukunft von den freien Deutschen und ihren Verbündeten einen großen Einsatz verlangen. Es wäre schlimm, wenn die natürliche Hauptstadt Deutschlands, die von den Kommunisten als Hebel zur Zerreißung des Landes benutzt wurde, auch noch den Hebel zur „Finnlandisierung“ Deutschlands böte.



Unterzeichnung des „Viermächte-Abkommens“ über Berlin: Die Kommunisten wollen es heute nur für West-Berlin gelten lassen





Wähle den schlechtesten Saal in der Stadt aus, vielleicht ist dort das Bier fünf Pfennige billiger als in einem guten Lokal. Eine Theke mit Bedienung im Versammlungsraum sorgt für die richtige Stimmung und trägt zur akustischen Begleitung des Programms bei.

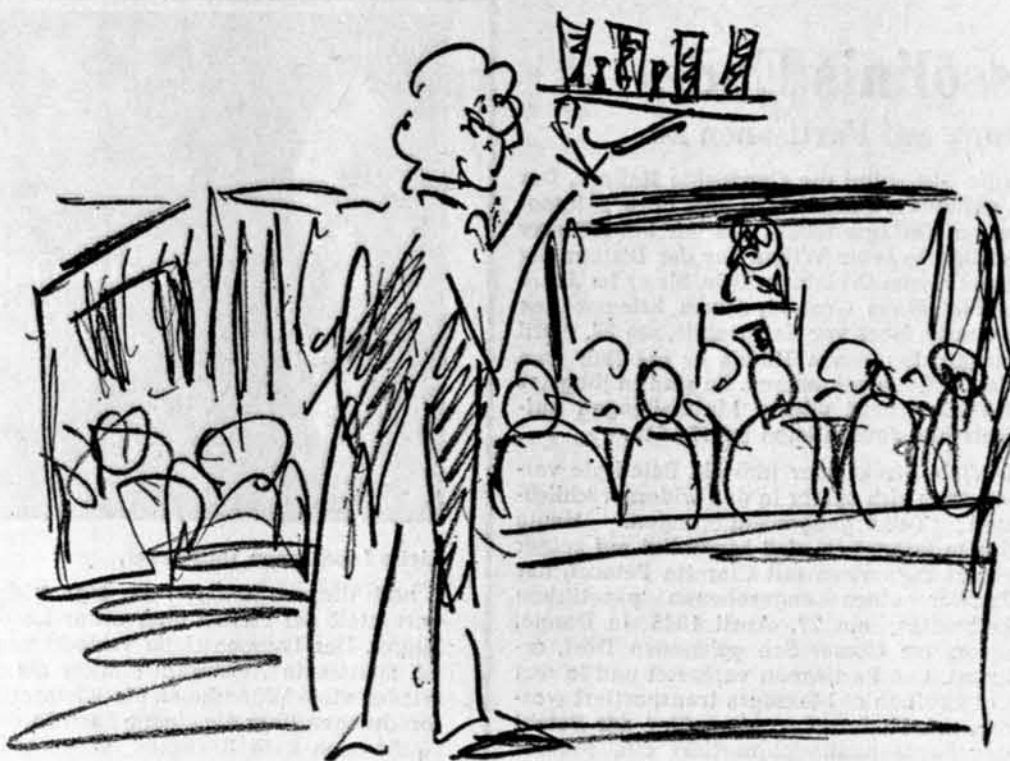
Schmücke den Saal nicht mit Fahnen oder Wappen Ostdeutschlands, sie könnten nur von der hübschen Getränke- und Zigarettenreklame ablenken.

Gib kein gedrucktes Programm heraus. Du hättest den Ablauf festgelegt und müßtest Dich an die Reihenfolge halten. Außerdem ginge dem Publikum ein gewisser Überraschungseffekt verloren.

Hast Du Dir einen auswärtigen Redner für eine politische Aussage angeheuert, dann kündige ihn nicht an; er kann sich selbst vorstellen. Sagst Du seine Ansprache doch an, dann am besten mit dem Hinweis, er wolle „ein paar Worte sagen“. Das unterstreicht die Überflüssigkeit des eingeladenen Referenten.

Umrahme seine Ansprache mit einigen lustigen Gedichten. Das versinnbildlicht die Ernsthaftigkeit unseres politischen Bemühens. Sorge dafür, daß während der Rede im Saal bedient wird. Das Geklapper von Tellern und Gläsern, die möglichst lautstarke Abrechnung durch das Bedienungspersonal lenken wohlthuend von den langweiligen Ausführungen des Redners ab, insbesondere dann, wenn Du wohlweislich kein Mikrofon mit Lautsprecheranlage bereitgestellt hast.

Hast Du wider Erwarten für Musik gesorgt, dann laß im Anschluß an die Ansprache etwas Beat- oder Tanzmusik spielen. Das gemeinsam stehend gesungene Deutschland- oder Ostpreußenlied würde den humorigen Charakter Deiner Veranstaltung stören. Vergiß nicht, anschließend darauf hinzuweisen, daß man



„Wer wollte hier noch'n Bier?“

bringen. Aber Harry Poley, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen und Verfasser der scherzhaft überspitzten acht Gebote, zum Thema ‚Empfehlung für die Durchführung einer schlechten Veranstaltung‘, muß sich doch etwas dabei gedacht haben...?

Nun, in den fast fünf Jahren, die ich beim Ostpreußenblatt bin und in denen ich schon unzählige Veranstaltungen der Ostpreußen besucht habe, konnte ich viele wertvolle Beobachtungen sammeln. Es ist nicht zu übersehen, daß sich die örtlichen Gruppen und Heimatkreisgemeinschaften mit viel Liebe daran

den Schein von Patina. Was nützen, so frage ich mich oft, geschlossene Stuhlreihen ohne Restauration, wenn während der Festrede die Saaltüren immer wieder geöffnet werden — sei es von einheimischen Neugierigen, sei es von den Veranstaltern, die noch dringende technische Probleme zu lösen haben — was nützen diese Stuhlreihen, wenn durch die Türen Gläserklirren, Stimmengewirr und nicht zuletzt verlockende Kaffeedüfte aus dem Schankraum in den Saal dringen? Was nützen auch die schönsten Fahnen und Wappen, wenn diese von unkundiger Hand falsch aufgehängt werden, so daß die Elchschaufel — das Symbol unserer Heimat — oft

sen den Saal — offene Türen! —, um sich ein Schnäpschen in Ehren zu genehmigen, oder sie sehen sich eine im Nebenraum aufgestellte Ausstellung an — selbstverständlich müssen die Ausstellungsstücke dann auch mit der Nachbarin eingehend besprochen werden! Für den Ablauf der Veranstaltung aber sind diese ‚Nebenerscheinungen‘ mehr als störend. Die vielbesungene preußische Disziplin ist unweigerlich dahin!

Manchmal sind die Veranstalter denn auch bemüht, das Programm so vielseitig wie möglich zu gestalten, nicht zuletzt, um der einheimischen Bevölkerung zu zeigen, was die Ostpreußen ‚alles zu bieten‘ haben. Da werden dann politische Reden mit nicht enden wollenden kulturellen Darbietungen ‚garniert‘, Grußworte fallen wie eigene kleine Vorträge aus, und die Musikstücke allein würden schon ein abendfüllendes Programm abgeben.

Gewiß ist es leicht, Kritik zu üben — als ‚Hinterbänkler‘ sieht man eben alles ein wenig anders! Kritik kann aber auch fruchtbar sein, denn uns allen sollte es darum gehen, Ostpreußen im Bewußtsein der Menschen lebendig zu erhalten. Und lebendig bleibt der deutsche Osten



„...wat ich Ihnen noch sagen wollte...“

nur, wenn die Veranstaltungen der Heimatvertriebenen voller Leben sind und immer wieder neu Interessierte heranziehen. Aus den Kinderschuhen sollten wir mit unseren 30 Jahren herausgewachsen sein und uns immer wieder aufs neue bemühen, es noch besser zu machen.

Bei dieser Aufgabenstellung kommt den Heimatvertriebenen Frauen eine besondere Bedeutung zu. Oft genug übernehmen sie in den örtlichen Gruppen die Initiative, sie sorgen sich um die alten Mitglieder, sie helfen mit bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen. So kommt auch häufig von ihnen der zündende Funke, die nachwachsende Generation mit in die Organisation ‚einzuspannen‘.

Gerade jetzt, da vielerorts 30jährige Jubiläen in örtlichen Gruppen begangen werden, da im Herbst wieder viele Veranstaltungen ins Haus stehen und nicht zu vergessen die Treffen in der Vorweihnachtszeit, gilt es, diese Zusammenkünfte noch attraktiver zu gestalten — damit die Heimat weiterhin lebendig bleibt, damit wir ohne Scheu sagen können „Ostpreußen lebt!“ Silke Steinberg



„Na, haben Sie nich auch noch andere Bücherchens?“ Aus „Skizzenbuch H. W.“

## 30 Jahre — und kein bißchen weise?

Heimattreffen: Rundum im Lande beobachtet

nun endlich und Gott sei Dank zum gemüthlichen Teil übergehen könne, worauf schon alle Anwesenden sehnsüchtig gewartet hätten.

Meldet sich noch ein Besucher, der einen Witz oder ein selbstverfaßtes Gedicht Deinem Schlußwort anfügen möchte, dann laß ihn ans Podium. Er wird Dir die Veranstaltung angenehm verlängern und mit seinem Beispiel andere zu gleichem Tun anregen. Du praktizierst damit echte Demokratie.

Wenn Du die vorstehenden acht Gebote beachtest hast, dann hast Du die Gewähr dafür, daß Besucher wie auch die etwa anwesende Presse den richtigen Eindruck von der Ernsthaftigkeit des Bemühens Deiner Organisation, das Anliegen der Ostdeutschen in der Öffentlichkeit darzustellen, mit nach Hause nehmen werden.

Als ich diese acht Gebote in die Hand bekam, dachte ich zunächst: Das kann unsere Ostpreußen doch nicht betreffen! Die geben sich immer große Mühe, ihre Veranstaltungen gut ‚über die Bühne‘ zu



„Sagen Sie mal, is det hier 'ne Landwirtschaftsschau?“

machen, eine gute Veranstaltung auf ‚die Beine zu stellen‘ — nicht zu vergessen, daß es oft Männer und Frauen sind, die ‚so nebenbei‘ auch noch einen Beruf ausüben, also unter Zeitdruck stehen. An dieser Stelle sei allen namenlosen Männern und Frauen einmal gedankt, die sich auch in dem kleinsten Dorf unermüdlich für die Heimat einsetzen!

Wenn einem als Vertreter der Presse auch oft Sitzplätze in der ersten Reihe angeboten werden, so habe ich mir doch schon hin und wieder den Spaß erlaubt, eine Veranstaltung als sogenannter ‚Hinterbänkler‘ zu beobachten. Aus dieser Perspektive sieht eine Sache denn manchmal auch ganz anders aus — was vorne glänzt, hat hinten oft nur noch

genug wie ein Kuheuter über der Veranstaltung schwebt? Was nützt das schönste Programm, wenn es immer wieder durch technische Ansagen — „Ich rufe den Fahrer des Autos XY — K — 200“ — unterbrochen werden muß? Was nützen lautstarke Mikrofonanlagen, wenn es einem temperamentvollen Redner gelingt, — und auch diese soll es unter den Heimatvertriebenen allen Unkenrufen zum Trotz geben — diese mit einem ‚Handstreich‘ außer Kraft zu setzen?

Ach ja, der Redner — er ist doch wohl neben dem erwünschten Publikum die Hauptperson. Da wäre es doch auch wünschenswert — nicht zuletzt, um die Veranstaltung rechtzeitig beginnen zu können —, wenn die aufwendige Festschrift, die zu vielen Treffen von den Gruppen gefertigt wird, einen genauen Lageplan des Veranstaltungsorts enthielte, denn nicht jeder kennt sich in der Stadt so genau aus, wie die dort ansässigen Vertriebenen.

Ein unbekannter Zeitgenosse hat einmal in bezug auf Buchtitel gesagt: „Mehr als vier Worte behalten die Leute nicht!“ Ich möchte dieses Wort einmal auf Veranstaltungen ummünzen: „Länger als eine Stunde langweilt die Leute!“ Gewiß sollte man diesen Zeitraum nicht unbedingt als das Maß aller Dinge betrachten, doch eine gewisse Richtschnur einzuhalten, würde nicht schaden. Oft genug ist es denn auch schon geschehen, daß ein vorzüglich geplantes und gestaltetes Treffen allein an der Zeit scheiterte.

Nach zwei und mehr Stunden werden die Menschen unruhig, können auf den oft harten Stühlen nicht mehr sitzen und dem Geschehen folgen. Sie wandern durch den Saal, sehen sich womöglich intensiv die zum Verkauf angebotenen Bücher an, kaufen vielleicht auch das eine oder andere, so daß die Festrede durch Geldgeklimper wohlklingend untermalt wird. Andere wieder verlas-



„Mannchen, weißt du noch...?“





Feministinnen beklagen sich seit Jahren lautstark über eine angebliche Mißachtung der Frauen. Wie immer, wenn von links her argumentiert wird, werden dabei Begriffe, Zustände und Zusammenhänge verwechselt und bewußt durcheinandergebracht. Eine an der Tradition des vorderen Orients ausgerichtete Kultur, nicht nur ausgeprägt an der Tradition des Islam, sondern ebenso auch an der Synagoge, hat ohne Zweifel der Frau eine Minderrolle zugeteilt. Daß von dort auch in den abendländischen Kulturbereich herüber Einflüsse strahlen, ist unbestreitbar. Im tiefsten Grunde vermochten sich die Einflüsse jedoch nur bedingt durchzusetzen. Die hohe, angesehene Stellung der germanischen Frau ist geschichtlich nachgewiesen. Die Frau wurde nicht als männergleich — was sie ja auch nicht ist — wohl aber als verehrungswürdig und ranggleich angesehen. Kennzeichnend ist wohl, daß etwa der Islam keine Göttinnen, sondern bloß 'Huris' kennt, während die altgermanische Religion dem Wotan die Göttin Frigga zur Seite stellte. Wenn Richard Wagner — anknüpfend an diese altgermanischen Göttervorstellungen — darstellt, wie sich Wotan im Urteil über die Ehebrecher Siegmund und Sieglinde der Forderung seiner Götter-Gemahlin unterwirft, also auch als Gesetzgeber nicht allein herrscht, dann ist damit die altgermanische Vorstellung über die Frau als gleichrangiges Wesen, wenn auch als andersartige Partnerin deutlich nachgezeichnet. Ein Muhammed oder ein Jahwe hingegen, die sich den Forderungen einer Frau unterwerfen, sind völlig undenkbar.

### Hoheit, Würde und Reinheit

Die Vorstellung von der besonderen Würde der Frau, wie sie auf ähnliche Weise ja auch in altgriechischen und altrömischen Göttervorstellungen aufscheint, blutet im Abendland immer wieder durch. Problematisch mag aus heutiger Sicht hier nur der Scheingegensatz erscheinen, der im Zusammenhang mit abendländischen Frauenvorstellungen zeitweilig zwischen der höheren und der niederen Liebe gemacht wurde, wie ihn wiederum Wagner in dem Gegensatz zwischen Venusberg und der heiligen Elisabeth im 'Tannhäuser' darstellte. Dennoch sind gewiß Marien-Verehrung und Minnesang nicht zuletzt ein Ausdruck einer hohen Kultur, die dieses Spannungsverhältnis hervorgebracht hat. Wer etwa beim Anschauen der Pieta des Michelangelo nicht aufzufassen in der Lage ist, wieviel Hoheit, Würde und Reinheit sich in der abendländischen Anschauung von der Frau verkörpert, der muß marxistisch-feministisch blind sein. Nicht die Darbietung der Frau als bloßes Lustobjekt, wie das im Blick auf Titelseiten von Illustrierten kürzlich beklagt wurde, war der Gegenstand einer tausendjährigen abendländischen Kunst. Von der reinen Schönheit einer Venus von Milo bis zur Mona Lisa, von den vielen tausend Madonnenbildern bis zum ergreifenden Mutterbild Albrecht Dürers spiegelt die abendländische Kultur das Bild der Frau verehrend. Auch die Malerei eines Rubens, so sinnensfroh und befreit sie gewesen ist, läßt wenig Raum für pure Lüsterheit und die Erniedrigung der Frau zum bloßen Lustobjekt des Mannes, wie sie erst das Zeitalter der Frauen-'Befreiung' gewagt hat, als Kunst auszugeben.

Nicht ohne Grund auch beginnt die neue Blüte der Dichtung im Abendland mit der fränkisch-germanischen Frauenverehrungs-



Königin Louise: Leitbild mehrerer Frauengenerationen

Foto Löhrich

Dichtung der Minnesänger und der Troubadoure. Nichts Vergleichbares läßt sich in der vorderasiatisch-orientalischen Kunst und Dichtung auffinden. Und Goethe war es, von dem später die beiden Bekenntnis-Sätze stammten: „Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan“, und „Willst du erfahren, was sich ziehmt, so frage nur bei edlen Frauen an“.

Dies alles muß man sich wieder in Erinnerung rufen, will man aus heutiger Sicht und heutigen Zuständen ein richtiges Bild der Frau zurückgewinnen. Auch die Frau steht und stand im Wachstumsprozeß des Volkes und der Völker. Dabei haben wir nicht zu richten und zu urteilen über andere Kulturen, die aus ihrem Erleben und Verständnis zu anderen Entwicklungsformen gelangt sind. Es darf dennoch angemerkt werden, daß etwa die islamische Mehrehe zugleich ein sozialer Schutzverband war und ist. Aus der Sicht des Korans haftet diesem islamischen Lebens- und Kulturverständnis jedenfalls keineswegs jene genüßliche Männerleichtfertigkeit an, die ihr aus abendländischem Verständnis so leicht bemessen wird.

## Die Frau als ‚Hüterin des Feuers‘

Unsere heutige deutsche und abendländische Kultur indessen, ist von mancherlei ideologischen und wachstümlichen Einflüssen geprägt, die wir erkennen und beschreiben müssen, bevor wir ein Urteil wagen können. Der erste Schritt des allgemeinen Lebenswachstums überhaupt, von dem auch vormenschliches Leben mitgeprägt wurde, war die Aufteilung der vorher eingeschlechtlichen Zellteilungsfortpflanzung auf die zweiteilige Fortpflanzung durch ein männliches und ein weibliches Geschlecht. Von diesem biologischen Entwicklungsschritt an haben wir es mit der gleichrangigen Existenz von zwei notwendigen Geschlechtern zu tun. Besonders ausgeprägt beim Menschen kam dann über die Aufteilung der Fortpflanzungsaufgabe die praktische Aufgabenteilung der Geschlechter hinzu, die für ein frühes Entwicklungsstadium durch die Formel gekennzeichnet werden darf: Der Mann geht auf die Jagd. Die Frau hütet das Feuer. (Dies alles muß mit allen Einschränkungen, die das bedeutet, notwendig vereinfacht und verkürzt dargestellt werden, weil ein Zeitungsbeitrag kein Buch ist.) Der nächste Schritt im Wachstum führte dann zu einer immer mehr ausgefächerten Arbeitsteilung, die verschiedene Kenntnisse und Fähigkeiten hervorbrachte und auch erforderte. Lange Zeit nahm die Frau an diesem Prozeß überwiegend da-

durch teil, daß sie etwa als Bäuerin oder Herrin des Hofes oder als Frau Handwerksmeisterin allerlei besondere Fertigkeiten und Fähigkeiten ausbildete, die sie weitgehend zum ‚Innenminister‘ der Familie werden ließ. Die besondere Rolle der Frau als Hausherrin mit Schlüsselgewalt im wahrsten Sinne des Wortes war auch bei diesem Entwicklungsschritt nie eine Rolle ohne Ehre, ohne Würde und ohne Macht. Und daß in diesem Entwicklungsstadium je nach Stärke der Persönlichkeit — und das geht bis heute — einmal ‚er‘, ein anderes Mal ‚sie‘ die Hosen anhatte, ist geradezu sprichwörtlich geworden.

Mit der fortschreitenden Persönlichkeitsausformung und der immer spezialisierteren Arbeitsteilung bildeten sich dann zunächst am Rande der Entwicklung eigenwüchsige Persönlichkeitsprägungen, die in dieses ursprünglich einfache zweipolige Schema nicht mehr hineinpaßten. Auch Frauen drängten ‚hinaus ins feindliche Leben‘. Das erwies sich an vielgestaltigen, immer zahlreicher werdenden Erscheinungen.

Das verlief außerdem natürlich von Volk zu Volk in verschiedenen ungleichzeitig ablaufenden Entwicklungsschüben, ein Zei-

chen mehr dafür, daß die Weltgeschichte von Völkern und nicht von Klassen bestimmt wird. So entstanden am einen Rande die Marketenderinnen und Landstörzerrinnen, wie die Mutter Courage. Auf der anderen Seite entwickelten sich der Lebens- und Kulturbereich der Dame. Die Dame

schlossen. Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis einer Ideologie, sondern das Ergebnis eines Wachstumsprozesses von der steinzeitlichen Urhorde bis zur industriellen Großgemeinschaft mit vielgestaltiger Spezialisierung.

Dieser Wachstumsprozeß jedoch hebt — natürlich betrachtet — weder die Urpartnerschaft von Mann und Frau und deren gemeinsame Fortpflanzungsaufgabe auf, wie er auch die gemeinsame Partnerschaft aller Volksglieder nicht aufhebt. Er ändert bloß einige äußere Lebensformen. Der Wachstumsprozeß schafft allerdings an den Rändern der Entwicklung sehr extrem einseitige Typen, die am Ende nur noch ihrer Persönlichkeitsaufgabe, jedoch nicht mehr ihrer geschlechtlichen Aufgabe gerecht werden können.

Damen in Jeans? Das bleibt vor dem hier geschilderten Entwicklungshintergrund die Frage, die wir uns beantworten wollten. Das Bild der Dame, selbst auf Skatkarten und beim Schachspiel in seinem Rang und seiner Bedeutung für unsere Kultur symbolisiert, ist für unsere abendländische und deutsche Geschichte unverlierbar. Eine lebensfremde, ideologisch angetriebene Propaganda hat das Bild der Dame zu zerstören und lächerlich zu machen gesucht. Es gilt weithin als fortschrittlich, zu bekennen, daß man eben keine Dame zu sein wünsche. Und wo man es doch zu sein wünscht, da ist der Begriff Dame weithin auf Cocktail-Party, Nerz und Brillanten geschrumpft, während der geistige Gehalt ausgetrieben erscheint.

Die ideologische Propaganda von links, die nicht Gleichheit im Sinne der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ will, sondern tatsächliche Gleichheit, mit einem wohl hier deutlicheren Fremdwort als Nivellierung bezeichnet, hat eine weitverbreitete Stilunsicherheit entstehen lassen. Diese linke Propaganda hat aber nicht vermocht, das menschliche Urbedürfnis nach Leitbildern und Idealen zu zerstören. Diese Propaganda hat daher folgerichtig bewirkt, daß nicht mehr eine Königin Louise, die das Leitbild mehrerer Frauengenerationen werden konnte, oder die kulturprägende Bettina von Arnim, Vorbild blieb. An deren Stelle traten eine Sexbombe wie Marilyn Monroe oder eine rauchstimmige, mit Flitterglanz und Swimming-Pool-Protzerei geschmückte Schlagersängerin.

## Damen in Jeans?

Gedanken zur Lebenskultur einst und jetzt

pflegte nicht nur eine besondere Kultur der Haltung, der Würde und der Mode, sie war langhin auch der angebetete Mittelpunkt der Hervorbringungen der Minnesänger, später der immer umfangreicher werdenden Liebeslyrik. Diese Damen begannen auch als eine sittlich-kulturell-geistige Macht gleichsam auszustrahlen. Damen wurden zu einer vorbildhaften und Vorstellungen prägenden Daseinsmacht. Dies war auch nur möglich als Folge eines neuen Entwicklungsschrittes zu größerer Selbstständigkeit und einer eigenartigen Persönlichkeits-Entfaltung. blieb die angebetete Dame des Minnesängers wiewohl noch vergleichsweise ruhend, so entstanden dann auch bald immer tatkräftig nach außen wirkende große Frauenpersönlichkeiten wie etwa eine Kaiserin Maria-Theresia oder Königin Louise von Mecklenburg-Strelitz als Königin von Preußen. Dazu gesellten sich dann die Damen der literarischen Salons, das heißt, jene klugen, geistreichen und warmherzigen Frauen, wie Bettina von Arnim, die in einem erheblichen Maße die Kultur ihrer Zeit, in Deutschland vor allem die Zeit der Vorklassik und der Romantik mitgeprägt haben.

Unser heutiger Entwicklungsstand ist schließlich so zu sehen, daß die fortschreitende Arbeitsteilung, die beiden Weltkriege, die damit verbundenen Umwälzungen, nicht zuletzt auch im Bereich der Technik und der Haushaltstechnik, einer immer größer werdenden Zahl von Frauen ganz neue Lebens- und Arbeitsfelder zusätzlich er-

Wenn wir als Volk und als Kulturation bestehen wollen, dann brauchen wir auch wieder ethisch und kulturell prägende Leitbilder. So brauchen wir auch wieder Damen, die eine hohe Aufgabe und eine Lebensverpflichtung darin erkennen, sich dieser Aufgabe zu stellen. Eine solche erneuerte Kulturbildung wird sich gewiß nicht mehr in gleicher Form abspielen können, wie das zur Zeit des Minnesangs oder zur Zeit der literarischen Salons geschehen ist. Ob wir wieder verehrungswürdige Damen dieser Ausstrahlung haben werden, ist gewiß keine Frage der Mode, so sehr auch die Jeansmode für beide Geschlechter ein äußerer Ausdruck für Verflachung und Nivellierung der Persönlichkeitsbilder sein mag. Es ist vielmehr eine Frage nach dem inneren Persönlichkeits-Adel, der Haltung, der Würde und dem Geist. Verborgenen mag man diesen Geist heute in manchem Büro, in mancher Familie und an mancher Arbeitsstätte antreffen. Doch unsere Ideologen haben kein Auge dafür.

Jedenfalls — wer, in Jeans oder Kleid, die Charakterstärke aufbringt, und sei es einsam, der Vermassung und der Nivellierung seine Person entgegenzustellen, der hat ein Zeichen gesetzt. Ohne die Dame, ohne das Ewigweibliche, das uns hinanzieht, wird es keine neue Kultur mehr geben. Dies ist ein Bekenntnis zur Würde der Frau, wie sie seit Jahrtausenden unseren Kulturkreis mitgestaltet und geformt hat — wer wagt sich dawider? **Fritz Ragge**



# Keine Nacht dauert ewig

Reden und Aufsätze eines engagierten Journalisten



Es gibt Journalisten, die schreiben, um damit ihr Brot zu verdienen, und es gibt andere, die haben eine Meinung und eine Überzeugung, und diese schreiben, weil sie ihre Meinung und Überzeugung ausdrücken wollen. Daß wir von der weniger rühmlichen ersten Art viele, von der zweiten Art wenige Journalisten haben, das ist die Ursache für einen weitverbreiteten Vertrauensschwund und wohl zugleich auch der Grund, weshalb es hierzulande eine bemerkbare Kluft gibt zwischen der veröffentlichten Meinung und der öffentlichen Meinung. Denn die veröffentlichte Meinung orientiert sich an dem, was opportunist ist, weil Mächtige es so wollen.

Wenn ich vor dem Hintergrund dieser Gedanken die Reden und Aufsätze von Hugo Wellem, erschienen unter dem Titel „Keine Nacht dauert ewig“, vorstellen darf, so geschieht das mit jenem Respekt, der einem Journalisten zukommt, der über dreißig Jahre hin seinen eigenen klaren Standpunkt vertreten hat, mochte das nun opportunist sein oder nicht. Liest man einen einzelnen Aufsatz von Hugo Wellem, wird das nicht sogleich deutlich, liest man jedoch beispielhafte Aufsätze von ihm aus dreißig Jahren journalistischer Arbeit, dann wird das Bild sofort klar. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Aufsätze das Bekenntnis eines freien Geistes, der sich von keiner Mode, keinem Trend — etwa der Entspannungseuphorie — davon abhalten ließ, seine eigene Meinung unbeirrbar zu sagen. Für die Echtheit zeugt auch, daß selbst Aufsätze aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik sich so frisch lesen, als seien sie heute geschrieben. Frisch nicht nur durch den schlichten, im besten Sinne volkstümlichen Stil, sondern frisch auch deshalb, weil ihr Inhalt nicht durch die Ereignisse widerlegt worden ist.

Es ist zu befürchten, daß ein solcher Mann nicht immer und überall beliebt ist, daß er manchem von der anderen Art des Journalismus und wohl auch ehrlich Andersdenkenden als ein unbequemer Stein des Anstoßes gegolten hat und wohl immer noch gilt.

So wie Hugo Wellem sich 1953 nicht scheute, den amerikanischen Morgenthauismus anklagend beim Namen zu nennen, so wie er sich nie und niemals davor scheute, sein deutsches Volk gegen einseitige und gängige Kollektiv-Schuld-Anklagen zu verteidigen, so scheute er sich genauso wenig, im deutschen Namen begangenes Unrecht eben Unrecht zu nennen. Für

die Echtheit nämlich eines Journalisten gibt es einen sehr einfachen Maßstab, seine Wahrheitsliebe, und Wahrheitsliebe ist nun einmal das Gegenteil von Opportunismus.

Die Rechtsposition der Vertriebenen immer wieder zu verteidigen, ist für Hugo Wellem selbstverständlich. Aber immer wieder sieht er diese Aufgabe eingeordnet in die großen Fragen der Politik. Daher sind seine Hauptthemen: Innere Zersetzung durch Wertzerstörung und der Weltbolschewismus. Immer wieder warnt er, wie viele der abgedruckten Aufsätze zeigen, vor einer Fehleinschätzung der inneren und äußeren Gefahren des Kommunismus. Daß Wellem in dieser Sache nie müde wurde, um immer wieder die Weltrevolutionsstrategie des Kommunismus und dessen taktische Winkelzüge zu entlarven, muß man heute bereits als besonders mutig bezeichnen, denn man gewinnt oft den Eindruck, daß die Verharmlosungs-Journalisten hierzulande mehr als einmal auch aus einem vorsorglichen Windfahmentum heraus schreiben. Ida Ehre hat diesen Vorsorge-Opportunismus einmal in einer treffenden Fabel so gekennzeichnet: Eines Tages hätten sich die Löwen in der altrömischen Hinrichtungsarena plötzlich geweigert, Christen zu fressen und statt dessen nach Kohlköpfen verlangt — weil sie schon gewußt hätten, wie bald die Christen an die Macht kommen würden.

## Vor der Gefahr gewarnt

Nein, Hugo Wellem hat den anderen Weg gewählt, er nennt unbeirrt die kommunistische Gefahr eine Gefahr. Für ihn ist die allgemeine Hirn- und Charaktererweichung kein Anlaß, diesen „Trend“ mitzumachen. Für ihn ist das erst recht ein Anlaß, um so konsequenter und um so deutlicher vor den Gefahren aus dem Osten zu warnen. Das — so scheint mir — ist im tiefsten gespeist aus jener Glaubenskraft eines freien Konservativen, der auch in der Finsternis weiß: Keine Nacht dauert ewig. Wer sich selbst in diesem Glauben stärken will, dem werden Reden und Aufsätze eines Hugo Wellem eine große Hilfe sein können.

Fritz Ragge

Hugo Wellem, Keine Nacht dauert ewig. Reden und Aufsätze aus 30 Jahren. Schriftenreihe „Dokumente, Analysen, Kommentare“, Band 15. Herausgegeben von der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V., Alsenau. NWZ-Verlag. 196 Seiten, 19 Fotos, broschiert, Subskriptionspreis 8,50 DM, ab 1. November 11,— DM.

# Unrecht ins Licht gerückt

Friedrich Franz von Unruh durchbricht Meinungen und Tabus

Nur ein wahrhaft schöpferischer Mensch, ein Genie mit überströmendem Ideenreichtum, konnte diese Situation erfinden: Ein nächtlich stattgefundenes Gespräch zwischen Menschen, erfüllt von beharrlicher Gottgläubigkeit, und dem Teufel.

Der Vorgang ist angesiedelt im Hause eines Kunsthändler-Ehepaars in einer Frühlingsnacht in Palermo. Das Ehepaar selbst, Carlo und Gemma genannt, sind die Gesprächspartner einerseits.

Und der Teufel? Nicht von der Gestalt, wie er von jeher auf Bildern dargestellt wird, mit Hörnern und Schwanz und Klauen. Nein! Der Teufel, wie der Dichter ihn vorstellt, ist ein Mensch, ein anscheinend liebenswerter Mensch sogar, mit dem man sich gern unterhält und ihn als Gast zu beherbergen pflegt, nur — und man lächelt ein wenig dabei — daß er sich selbst für den Teufel hält, wie es Menschen gibt, die sich für Napoleon ausgeben, oder ... nun, eben von dieser krankhaften Art, die man als harmlos auftretenden Irrsinn bezeichnet.

Nun aber — hier im Gespräch — sagt er von sich selbst, der Handlung entsprechend: „Nichts Teuflisches ist mir fremd ... ich bin nicht so anmaßend, mich für seinen einzigen Sohn und Boten zu halten ... ich bin einer von vielen.“ Und genüßlich, zugleich aber voller Haß zeichnet er den Weg auf, der von der Schöpfung zum Untergang führt. Der Teufel hat damit nichts zu tun, er befindet sich im Ruhestand, die Endkata-

strophe besorgen die Menschen selbst, und sie sollen zugrunde gehen.

„Wie ihr euch zum Narren macht“, heißt es da: „Produktion, Leistungsdruck, Wachstumszwang, mag das Glück auf der Strecke bleiben! — Im Rennwagen immer rascher, im Sport um Sekunden geschwinder, um Millimeter höher und weiter, auch wenn die Gesundheit zum Teufel geht. Im Superflugzeug um die Erde herum ... und Bomben, durch die sich auf einen Wurf ganze Städte vernichten lassen, durch die in Sekunden-schnelle Millionen von Menschen sterben! Raketen und Licht, Licht zur Mordwaffe umgewandelt, als Todesstrahl. Was der Gegner hat, muß man auch und noch besser haben, noch tödlicher!“

Natürlich sind es die Worte des Dichters, der sich in der Teufelsgestalt ein Medium schuf, etwa so, wie man eine Verstärkeranlage schafft, um die Warnung in den Ohren der Menschen dröhnen zu lassen, da man die einfache Stimme des Dichters zur heutigen Zeit gern überhört.

Auch bei uns, oder gerade bei uns in der heute noch freien Welt, wo man dem Götzen „Fortschritt“ huldigt und Gott als Schöpfer nur noch eine Vokabel ohne Inhalt ist.

ck

Friedrich Franz von Unruh, Der Teufel im Ruhestand. Erzählungen. Hohenstaufen Verlag. 100 Seiten, Leinen, 17,80 DM.

# Unsere Neuerscheinung 1978



Roman. 307 Seiten. In Leinen gebunden 24,80 DM

Das Leben auf dem Lande in Ostpreußen war niemals ein Honiglecken, gerade für die Frauen nicht.

Auch nicht in jenen fernen Jahren, von denen man gerne als von der guten alten Zeit spricht, und in denen auch dieser Roman spielt.

Er beginnt in den Jahren um 1905 am Nemonienstrom in der Memelniederung. Urte Kalwis, zweiundzwanzig Jahre alt, muß nach dem Tod ihres Vaters das heimliche Dorf verlassen, in dem ihre Vorfahren ansässig waren. Aber die Arbeit auf dem Hof ihres Schwagers — in der Nähe von Heydekrug — kann sie auf die Dauer nicht befriedigen. Denn sie ist ganz und gar erfüllt von der Sehnsucht nach einem eigenen Stück Land, und wenn es nur einige Morgen auf dem eben urbar gemachten Rupkalwer Moor sind. Doch der Mann, den sie liebt und mit dem sie dieses Ziel erreichen möchte, erweist sich als Schwächling.

„Man wird vom Schicksal hart oder weich geklopft; es kommt auf das Material an.“ Dieses Wort der großen Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach könnte als Leitmotiv über diesem Frauenleben stehen. Das Schicksal schlägt zu, und manchmal scheint es, als würde die junge Frau scheitern und zerbrechen. Vor allem als der zweite Mann in ihrem Leben, Besitzer eines Wiesengutes am Nemonienstrom, ein Mann mit einer absonderlichen Veranlagung, sie heiraten möchte. Sie ist wie besessen von dem Willen, in der Heimat zu bleiben, auf eigenem Boden. Für dieses Ziel kämpft sie mit der ganzen Stärke ihrer Natur und mit einem Gewissen, das manchmal schon jenseits von Gut und Böse steht.

Mit ihrem Schicksal ist das vieler anderer Menschen verbunden. Wem der Schauplatz dieses Romans Heimat ist, wer ihre Menschen kennt, der staunt über das beinahe unheimliche Einfühlungsvermögen, mit der die Dichterin die Gefühls- und Gedankenwelt der Menschen erfaßt hat. Manchmal wird diese Wirklichkeit durchbrochen von etwas Phantastischem, das alles in einem unwirklichen Licht erscheinen läßt.

Mit der gleichen Meisterschaft schildert Clara Ratzka die Landschaft. Man sieht die flimmernden Wiesen und die schimmernden Wasserläufe, man hört die Stürme vom Haff heranbrausen, man kämpft mit Wasser und Eis bei Überschwemmungen.

Dieser spannende Roman ist die Schöpfung einer eigenständigen und starken dichterischen Kraft.

# Verlag Gerhard Rautenberg

POSTFACH 1909, 2950 LEER (OSTFRIESLAND)

Bestellschein (im Briefumschlag zu versenden)

Ich bestelle bei der Rautenbergschen Buchhandlung, Postfach 1909, 2950 Leer, zur umgehenden Lieferung gegen Nachnahme portofrei / gegen Rechnung zahlbar nach Erhalt. Wenn hier nichts angestrichen, erfolgt Lieferung per Nachnahme.

Expl. Zogen einst fünf wilde Schwäne

Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl, Ort

(Bitte deutlich in Blockbuchstaben)















**Anna Schmidtman**

aus Schönwalde, Ostpreußen  
geb. 1. 10. 1891 gest. 30. 9. 1978

Wir trauern um unsere liebe Tante und bitten um ein stilles Gebet.

Im Namen aller Angehörigen  
Evamaria Brinkmann

Poststraße 129, 2831 Schwaförden



Nach einem erfüllten, arbeitsreichen Leben entschlief am 17. September 1978 unser Vater, Großvater und Onkel

**Albert Szameitat**

Bürgermeister a. D.  
Argenfurt, Kreis Tilsit-Ragnit

In stiller Trauer

Karl und Liselotte Szameitat  
Hartmut und Heiga Szameitat

Felkestraße 5, 4300 Essen-Kettwig

**Johannes Kuhr**

Regierungsrat a. D.

\* 12. 5. 1908 † 28. 9. 1978

In Liebe und Dankbarkeit

Ursula Kuhr, geb. Greitschus  
Angela Gebhard, geb. Kuhr  
Joerg Gebhard  
mit Oliver und Marius  
Frithjof Kuhr  
Astrid Miksch, geb. Kuhr  
Heribert Miksch  
mit Rainer und Alexander

Ludwig-Dürr-Straße 34, 7320 Göppingen, 28. September 1978

Wir haben hier keine bleibende Statt,  
sondern die zukünftige suchen wir.  
Hebr. 13, 14

Nach einem erfüllten Leben nahm Gott der Herr unsere liebe Mutter

**Auguste Stotzka**

geb. Zantop

\* 24. 2. 1882 † 25. 9. 1978  
aus Wolfsbruch-Siewken, Ostpreußen

zu sich.

Im Namen aller Angehörigen  
und Verwandten  
Mirjam Stotzka

Ludwig-Trick-Straße 5, 7297 Alpirsbach 1, den 25. September 1978  
Wir haben sie am 28. September 1978 in aller Stille beigesetzt.

Meine Zeit steht in Deinen Händen.

Am 22. Juli 1978 entschlief plötzlich und unerwartet, für uns alle unfassbar, mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, mein über alles geliebter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

**Dieter Bendrick**

geb. 20. 10. 1934  
Königsberg (Pr)

gest. 22. 7. 1978

In tiefer Trauer

Edith Bendrick, geb. Scholz  
Mario und Uwe  
Anni Bendrick, geb. Biebersdorf  
Else Scholz  
Günter Bendrick und Frau Brigitte  
Adolf Bendrick  
und alle Angehörigen

(Leimbachstraße 158 und Am Ginsterhang 53)  
5900 Siegen 1 (Wilnsdorf-Niederdielen)

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 26. Juli 1978, in Siegen auf dem Lindenbergfriedhof statt.

Der Herr ist mein Hirte,  
mir wird nichts mangeln.  
Am 30. September 1978 verstarb plötzlich und völlig unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Studiendirektor a. D.

**Horst Behrendt**

\* 9. 12. 1911 † 30. 9. 1978

In tiefer Trauer  
Elly Behrendt, geb. Schulenburg  
Hans-Günther und Elisabeth Korb  
geb. Behrendt  
Ortrun Behrendt  
Georg und Lisa Behrendt  
Christina und Birgit als Enkel  
und Anverwandte

Bergstraße 38, 4130 Moers 1, Remscheid und Langen  
Die Beerdigung fand am Donnerstag, dem 5. Oktober 1978, um 13 Uhr von der Kapelle des Hauptfriedhofes Moers-Hülsdonk aus statt.  
Von Beileidsbekundungen am Grabe bitten wir abzusehen.

**Erich Herrmann**

\* 10. 2. 1905 † 21. 9. 1978

aus Allenstein — Königsberg (Pr)

In Liebe und Dankbarkeit nahmen wir Abschied.

Hildegard Herrmann, geb. Klawe  
Christine Sögtrop, geb. Herrmann  
Gerd Sögtrop  
Arne und Holger

Am Ostbahnhof 36, 4030 Ratingen 1

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung auf See haben im engsten Familienkreis stattgefunden.

**Kurt Mertins**

Gutsbesitzer

auf Neu Bogdahren (Ostpreußen)

im Alter von 74 Jahren für immer von mir gegangen.

In tiefer Trauer  
im Namen aller Angehörigen  
Ilse Mertins, geb. Klamant

Lövelinger Straße 2, 4040 Neuß 22 (Holzheim), den 6. Oktober 1978  
Die Beerdigung fand statt am Mittwoch, dem 11. Oktober, auf dem Friedhof zu Holzheim.

Am Freitag, dem 29. September 1978, ist mein guter Kamerad und geliebter Lebensgefährte

**Günther-Wilhelm Bartzky**

aus Gumbinnen

nach langem Leiden in die Ewigkeit abgerufen worden.

In tiefer Trauer  
im Namen aller Hinterbliebenen  
Irmgard Borchmann

Am Fortasweg 41, 1000 Berlin 41

Nach schwerer Krankheit verstarb heute unser lieber Vater und Großvater, unser Schwager und Onkel

**Fritz Neumann**

aus Reimtsdorf, Kreis Rastenburg

wenige Tage vor Vollendung seines 72. Lebensjahres.

In stiller Trauer

Horst Sock und Frau Gerda  
geb. Friese  
Albert Sock und Frau Elfriede  
geb. Dittmann  
Großkinder  
und alle Angehörigen

Auf der Höhe 17, 3060 Stadthagen, den 25. September 1978

Die Beisetzung hat am 29. September 1978 in Stadthagen stattgefunden.

Meine Zeit steht in Deinen Händen.  
Ps. 31, 16

Fern seiner geliebten Heimat entschlief am 17. September 1978 mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Landwirt

**Kurt Amling**

aus Neumark, Kreis Pr. Holland

im 77. Lebensjahre.

In Liebe und Dankbarkeit  
im Namen der Angehörigen  
Martha Amling

Hauptstraße 43, 7746 Hornberg, im Oktober 1978

**Dr. med. Horst Knuth**

\* 24. 12. 1904 † 1. 10. 1978  
aus Heydekrug

In Liebe und Dankbarkeit

Dr. Ilse Knuth, geb. Michelis  
Dr. Abdelmoneim Laban und Frau Katharina  
geb. Knuth  
mit Johanna  
Dr. Alexander Knuth  
Angelika Knuth  
Johannes Anders und Frau Gisela, geb. Otten  
mit Natascha und Michael  
Dr. Irene Knuth

Julius-Vosseler-Straße 33, 2000 Hamburg 54

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.  
Bitte keine Beileidsbesuche.

Wenige Tage vor seinem Tode übersandte unser Mitarbeiter Dr. Hans Neuhoﬀ diesen Bericht über seine Reise nach Südwestafrika.

Seit den Greueln der Schwarzen gegen die Weißen in Katanga vor einigen Monaten und den noch nicht vergessenen Morden der Angola-Schwarzen an den Weißen, insbesondere den Portugiesen, beobachtet die Öffentlichkeit mit Sorge, ob gelegentlich der Entlassung Südwestafrikas (Namibias) in die Unabhängigkeit es von seiten der SWAPO — einer weitgehend kommunistischen Eingeborenen-Bewegung — zu ähnlichen Ausschreitungen kommen wird. Nach den Beschlüssen der UN soll Südwestafrika, das bis 1919 deutsche Kolonie war und seither von der Republik Südafrika im Auftrag des Völkerbundes als „Mandat“ verwaltet wird, am 1. Januar 1979 selbständig werden.

Vor dem Ersten Weltkrieg sind zahlreiche Deutsche — insbesondere als Farmer oder nach Dienst in der deutschen Schutztruppe in anderen Berufen — dort ansässig geworden. Sie gingen als Deutsche von Deutschland nach Deutschland, wie sie es heute zu formulieren pflegen. Diese erste Welle deutscher Einwanderer wurde größtenteils nach 1914 aus dem Lande gedrängt; ihre Plätze nahmen in der Regel Buren ein. Zwischen den beiden Weltkriegen kamen die Deutschen in einer zweiten Welle ins Land, zum Teil kehrten Herausgedrängte zurück. Auch sie empfanden sich noch teilweise als Deutsche, die von Deutschland

## Beliebtes Auswanderungsland

nach Deutschland gingen; denn die Mandatsregelung war ja keine endgültige. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kamen die Deutschen in einer dritten Welt ins Land. Unter ihnen waren in weit überdurchschnittlichem Ausmaß Vertriebene aus Ostdeutschland. Es liegt nahe, daß ein Land, in dem die deutsche Sprache eine der Landessprachen ist, für Deutsche ein bevorzugtes Auswanderungsland ist. Als ein allbekanntes Beispiel für die Tüchtigkeit der Vertriebenen wird immer wieder auf das Café eines Königsberger Bäckers in Bad Swakopmund (im Hotel Schweizerhaus) verwiesen, der kaum bestritten das einzige richtige Café in Südwestafrika, möglicherweise in ganz Afrika südlich des Äquators errichtet hat (in einem der Gästezimmer ist ein großes Wandfresko vom Königsberger Schloß).

Über die Deutschen in Südwestafrika gibt es keine verlässlichen Zahlen. Die Schätzungen schwanken zwischen 18 000 und 30 000; die größte Wahrscheinlichkeit besitzt die Zahl von 20 000. Unter diesen Deutschen sind 8000 deutsche Staatsangehörige, der Rest hat inzwischen die südafrikanische Staatsangehörigkeit angenommen. Die Zahl der Weißen insgesamt liegt bei 90 000; sie sind in erster Linie Buren, einige sind Engländer. Die Gesamtbevölkerung Südwestafrikas betrug 1970 746 000. Die Schwarzen gliedern sich in mehr als ein Dutzend Völ-



Gefahr für deutsche Farmer: Existenzverlust durch Bodenreform

# Unabhängigkeit — Und dann?

## Fragen zur Zukunft der Deutschen in Südwestafrika

VON DR. HANS NEUHOFF



Erinnerungsmal in East London am Indischen Ozean: Für die Verdienste der Deutschen um den Aufbau ihres Landes von Südafrikanern errichtet

ker, die teils zur Hererogruppe, teils zur Hottentottengruppe, teils zu den Buschmännern und teils zur Ovambogruppe gehören. Wesentlich ist, daß die Negervölker im übrigen etwa gleich groß sind, jedoch die im äußersten Norden des Landes wohnende Ovambogruppe, aus der sich der Kern der SWAPO rekrutiert, ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland bewegen natürlich in erster Linie die Fragen, wird es zu Flüchtlingen aus Südwestafrika kommen und was kann die Bundesrepublik Deutschland tun, um dies zu verhindern. Die Südwestafrika-Deutschen bewegt zusätzlich vorrangig die Frage, welche Vorbereitungen trifft die Bundesrepublik Deutschland für den Fall der Vertreibung der Deutschen aus Südwestafrika. Insbesondere wegen der zweiten Frage hielt sich (privat) der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des Bundes der Vertriebenen im August 1978 in Südwestafrika und in der Republik Südafrika auf. Diesem Aufsatz liegt weitgehend dessen Bericht zugrunde. Da dieser Bericht anhand vieler privater und offizieller Gespräche (z. B. mit einem Mitglied der Regierung von Südwestafrika, mit dem Bischof der Katholischen Kirche in Windhuk und mit dem deutschen Botschafter in Pretoria) gefertigt wurde, kann er als von erheblicher Einsicht getragen angesehen werden.

Wie groß ist wirklich die Gefahr, daß es zur Vertreibung von Deutschen aus Südwestafrika kommen wird? Diese Frage vermag niemand mit einiger Sicherheit zu beantworten.

Bemerkenswert ist, daß fast alle Weißen, die in politisch verantwortlicher Stellung sind, der Entwicklung mit Gelassenheit entgegensehen. Noch bemerkenswerter ist, daß fast jeder andere Argumente für seinen Standpunkt der Gelassenheit vorbringt.

Nach den Beschlüssen der UN soll noch in diesem Jahr eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden, nach dem Grundsatz: jeder Mensch (schwarz und weiß) hat eine Stimme. Die Regierung von Südwestafrika hat derzeit die Gesamtbevölkerung aufgerufen, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Nach anfänglichem Zögern trägt sich jetzt auch die SWAPO in die Listen ein. Der Tag der Wahl steht noch nicht fest. Es gibt für die einzelnen

Parteien plausible Gründe, entweder für einen früheren oder für einen späteren Termin zu sein. Im äußersten Norden, in dem es Monsunregen von erheblicher Intensität gibt und in dem ausgerechnet die den Kern der SWAPO bildenden Ovambos leben, fordert man einen Wahltermin vor dem Monsun. Das ist aber technisch nicht durchführbar. So wird es wohl zu einem Wahltermin nach dem Monsun kommen.

Die Verfassungsgebende Versammlung beschließt mit einfacher Mehrheit. Da es völlig ausgeschlossen ist, daß die SWAPO 50 v. H. der Sitze der Verfassungsgebenden Versammlung erreicht, wird sie auf die Verfassung und das Parlaments-Wahlgesetz wenig Einfluß haben. Ob die SWAPO nach dem Erkennen der Einflußlosigkeit auf die demokratischen Einrichtungen noch zu demokratischer Mitarbeit bereit sein wird, ist die große Frage. Viele glauben, daß die SWAPO dann den Weg zum Terrorismus nehmen wird.

Die allgemeinen Schätzungen über die Stärke der SWAPO liegen drüben niedriger als bei europäischen Journalisten. Andererseits haben bereits kommunistische Minderheiten von wenigen Prozent in wenig gefestigten Demokratien die Macht an sich gerissen. Die Vermutung, daß die SWAPO nur ca. 25 Prozent der Parlamentssitze erlangen wird, ist zunächst kein Motiv für Beunruhigung.

Für die Gelassenheit werden insbesondere die folgenden Gründe angeführt: Im Homeland der Ovambos, dem Kerngebiet der SWAPO, traut sich derzeit niemand, sich als SWAPO-Gegner erkennen zu geben. In einer geheimen Wahl unter UN-Aufsicht wird hiervon Gebrauch gemacht werden. Im Ovamboland geht noch ein erheblicher Teil der Bevölkerung zur Beichte; wer zur Beichte geht, pflegt in der Regel nicht Terrorist zu sein. Die SWAPO hatte aus Anlaß des Eintreffens der UN-Kommission unter Leitung des Finnen Ahtisaari große Demonstrationen angekündigt. Es erschien nur ein Bruchteil der Angekündigten. Ein kürzlich entgleister Zug auf der Strecke von Bad Swakopmund nach Windhuk galt in der europäischen Presse allgemein als der Auftakt zum offenen Widerstand der SWAPO. Im Lande hört man, daß es keineswegs erwiesen ist, daß nicht der Zug durch Versagen des Lokführers entgleiste. Unter den Vertriebenen in Südwestafrika herrschte einhellig die Meinung: „Haben wir die

Russen überlebt, dann werden wir uns auch gegen die SWAPO behaupten.“

Aber auch wenn der ungünstigste Fall nicht eintritt, wird es mutmaßlich zu deutschen Südwestafrika-Verdrängten kommen. Bei einer unvernünftigen Bodenreform wird ein Teil der deutschen Farmen unrentabel und die Besitzer werden sich von ihm trennen. Die deutschen Kaufleute werden vielfach die neuen schwarzen Farmer und die neuen schwarzen Gewerbetreibenden nicht mehr als Kunden haben; ihr Geschäft wird unrentabel werden. Die leitenden deutschen Angestellten, deren Verträge auslaufen und die durch schwarze Angestellte ersetzt werden, werden größtenteils in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln.

Wie kann die Bundesrepublik Deutschland dazu beitragen, daß es zu Vertriebenen, Flüchtlingen und selbst Verdrängten nicht kommt? Bei der geringen Bevölkerungsdichte und den wenigen wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes könnte ein Gewerbebezweig wie der Tourismus bereits entscheidendes ausmachen. Das gün-

## Tourismus als Alternative

stige Klima, keine Impfungen außer Pocken, der Reiz von Safaris, Aufenthalte auf einer Farm, der gute Strand, der deutsche Charakter von Windhuk und Bad Swakopmund, die vielen Deutschen im Lande, die deutsche Sprache als 3. Landessprache und das Wiedersehen mit Dünen am Meer wie auf der Kurischen Nehrung, dürfte sicher Tausende von Deutschen anziehen, wenn deutsche Chartergesellschaften zu erträglichen Preisen den Ferntourismus organisieren würden, zumal das Preisgefüge im Land niedrig ist. Wenn die Bundesrepublik Deutschland für die Umstellung der Farmen auf Fremdenbetten (so wie in Südtirol) den deutschen Farmen zinsgünstige Kredite gewährt, wenn sie den in anderen Branchen Konkurs gehenden deutschen Gewerbetreibenden Kredite für Touristenhotels oder Safaribusse gibt, dann läßt sich über den deutschen Ferntourismus gewiß etwas machen. Die Bundesregierung möchte aber auch für sinnvolle Investitionen (z. B. einen Schlachthof in Windhuk) zinsgünstige Entwicklungshilfemittel bereitstellen, aber auch für die Landeserschließung (z. B. Straßenbau, Brunnenbau) verlorene Zuschüsse bewilligen.

Trotz allem Optimismus ist die Bundesregierung jedoch aufgefordert, Betreuungsmaßnahmen für den ungünstigsten Fall vorzubereiten, in dem etwa 8000 Südwestafrika-Flüchtlinge in Deutschland eintreffen werden. Sie werden kaum anders hier eintreffen als die Aussiedler. Sie brauchen daher ähnliche Hilfen wie die Aussiedler. Entschädigung vermag ihnen allerdings die Bundesrepublik Deutschland nicht zu zahlen; denn die Mittel des Lastenausgleichs sind nur für diejenigen bestimmt, die infolge des Krieges und seiner unmittelbaren Folgen ihr Vermögen einbüßten.



Südafrika heute: Der Fernsehturm in Johannesburg  
Fotos (3) np